



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirkssitzung am **17. September 2025** folgenden

## **ANTRAG**

### **Für einen sicheren Schulvorplatz in der Dietmayergasse**

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, eine Erweiterung des Schulvorplatzes beim Schuleingang Dietmayergasse gemeinsam mit Vertreter:innen der Einrichtungen (Eltern, Pädagog:innen, Schüler:innen), Anrainer:innen und gegebenenfalls externen Expert:innen zu planen.

## **BEGRÜNDUNG**

Schüler:innen, Eltern und Pädagog:innen quetschen sich jeden Schultag vor dem Ein- und Ausgang des Bildungscampus Dietmayergasse auf dem Gehsteig.

Kinder alleine in die Schule gehen zu lassen, ist vielen Eltern aufgrund der unübersichtlichen Straßensituation vor der Schule zu unsicher.

Damit auch der moderne Schulcampus einen modernen Schulvorplatz bekommt, sollten daher folgende Maßnahmen geprüft und durchgeführt werden.

Um einen sicheren und übersichtlichen Schulzugang zu schaffen, braucht es mehr Platz vor der Schule.

Eine Möglichkeit wäre, die Fahrspur von der Schule weg zu schwenken und die Parkplätze rund um den Schuleingang in einen Schulvorplatz einzubeziehen.

Verkehrsberuhigungen, wie Temporeduktion oder die Schaffung einer Wohnstraße wären ein weiterer Baustein für die Sicherheit der Kinder. Damit einhergehend braucht es – wie wir aus den Erfahrungen Othmargasse wissen – eine entsprechende Umgestaltung der Straße durch Straßenerhöhungen.

Bis zur Umsetzung eines neuen Schulvorplatzes soll geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, vor der Bildungseinrichtung, eine Schulstraße als Übergangslösungen zu verordnen.

Die Planungsvorschläge inkl. Kostenschätzungen sollen der Bezirksentwicklungskommission zur weiteren Behandlung vorgelegt werden.

## **Antrag der Partei LINKS zu Erinnerungstafel Zwangsarbeiter\*innenlager**



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Installation einer Erinnerungstafel für das Zwangsarbeiter\*innenlager in der Nordwestbahnstraße 53 zu prüfen.**

### Begründung

In der Nordwestbahnstraße 53 – derzeit nicht bebaut, da das dort befindliche Autohaus abgerissen wurde - befand sich in den Jahren 1942-45 ein Lager für griechische Zwangsarbeiter\*innen [1], die mutmaßlich beim Bau der Flaktürme im Augarten eingesetzt wurden. Nach einer genauen historischen Abklärung der Umstände können diese auf der Erinnerungstafel beschrieben werden, um das Lager nicht zu vergessen.

[1]

[https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Zwangsarbeiterlager\\_Nordwestbahnstra%C3%9Fe\\_53](https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Zwangsarbeiterlager_Nordwestbahnstra%C3%9Fe_53)

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

## Antrag der Partei LINKS zum Radweg Wallensteinstraße



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung eines Radwegs in der Wallensteinstraße zu prüfen.**

### Begründung

Im April 2024 fand eine Bürger\*innenbeteiligung zur Umgestaltung der Wallensteinstraße statt, die unter anderem den starken Wunsch der Bevölkerung nach einem Radweg ergab.

Da 2025 auf der Alserbachstraße ein Zweirichtungsradweg errichtet wird, der vom Gürtel bis zur Friedensbrücke führt, ist es dringend notwendig, die gefährliche Situation für Radfahrende in der Wallensteinstraße zu entschärfen und dort den Radweg fortzusetzen. Bei einem Tempo von 50km/h – oft überschritten – müssen Radfahrende zwischen Straßenbahn(gleisen) und parkenden Autos mit den fahrenden Autos konkurrieren, die sich oft sehr knapp überholen, was bei dem geltenden Überholabstand von mindestens 1.50m innerorts überdies nicht legal möglich ist. Alleine im Jahr 2024 gab es in der westlichen Hälfte der Wallensteinstraße 5 polizeilich gemeldete Kollisionen von Kraftfahrzeugen mit verletzten Radfahrenden, auch durch illegal ohne Nachzusehen geöffnete Autotüren (von insgesamt 16 Kollisionen mit Kraftfahrzeugen).



Bild: Polizeilich gemeldete Kollisionen mit Verletzten im Straßenverkehr 2024

Für eine ideale Erreichbarkeit von lokalen Adressen und Betrieben sind zwei Einrichtungsradwege, auf jeder Seite der Wallensteinstraße auf ihrer gesamten Länge, zweckmäßig. Die Wallensteinstraße ist seit dem letzten Jahrtausend im Hauptradwegenetz der Stadt Wien und bereits 2002 sollte dort ein Radweg gebaut werden.

Da die ursprünglich noch für 2024 angekündigte Umgestaltung der Wallensteinstraße laut Aussage von Stadträtin Sima auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, damit möglicherweise abgesagt ist, ist es dringend erforderlich, den Radweg von dieser Neugestaltung zu entkoppeln.

Die kommende Bebauung des Nordwestbahnhofs mit tausenden Wohnungen wird zu einer weiteren Belastung der Wallensteinstraße und Umgebung mit Kfz führen. Durch die Schaffung sicherer, da baulich getrennter Radwege kann diese Belastung reduziert werden.

Die vier Kfz-Spuren (zwei Parkspuren, je eine Richtungsfahrbahn pro Richtung) auf der Wallensteinstraße ermöglichen es, den reichlich vorhandenen Platz umzuverteilen, um dadurch Radwege zu errichten.

[1] <https://www.statistik.at/atlas/verkehrsunfall/>

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

## **Antrag der Partei LINKS zur Einführung eines Pilotprojekts für Pfandringe**



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die zuständige Magistratsabteilung 48 (Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark) sowie andere zuständige Magistratsabteilungen werden ersucht, ein Pilotprojekt zu Pfandringen auf fünf Plätzen, an denen im Bezirk viel konsumiert wird, auszuarbeiten und dies zu testen. Begleitend soll mittels Kommunikationskanälen über das Pilotprojekt informiert werden.**

### Begründung

Mit der Einführung des neuen Pfandsystems ab Jänner 2025 wurde ein wichtiger Schritt in Richtung Nachhaltigkeit gesetzt. Dennoch zeigt sich, dass viele pfandpflichtige Einweggetränkeverpackungen im öffentlichen Raum weiterhin falsch entsorgt und in Mistkübeln landen – was den Recyclingkreislauf unterbricht und wertvolle Ressourcen verloren gehen lässt.

Ein sogenannter Pfandring, der an öffentlichen Abfallbehältern angebracht ist, schafft hier Abhilfe. Er bietet eine einfache Möglichkeit, Flaschen und Dosen sichtbar und zugänglich zu deponieren, damit sie von Personen einfach eingesammelt und dem Pfandsystem zugeführt werden können – ohne dass Mistkübel durchsucht werden müssen.

Das System des Pfandparkens hat sich bereits in verschiedenen Städten und Ländern bewährt. Insbesondere in den skandinavischen Ländern hat sich diese schon erfolgreich in der Alltagskultur etabliert. In Innsbruck, Graz und Linz gibt es bereits Pilotprojekte.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

## **Antrag Verstärkte Reinigung der Brigittenau**

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen des Klubs der KPÖ Brigittenau stellen gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau am 17.09.2025 folgenden **Antrag**:

*Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, ein Konzept einschließlich Kostenschätzung zur verstärkten Reinigung und Sauberhaltung des öffentlichen Raums in der Brigittenau zu erstellen. Ein Fokus soll dabei auf besonders vermüllte Orte gelegt werden. Das sind bekanntermaßen unter anderem die Gegenden auf und rund um die U-Bahnstation Jägerstraße und die Jägerstraße selbst, den Hannovermarkt, die S-Bahn-Station Handelskai und die Engerthstraße, den Friedrich-Engels-Platz, die Adalbert Stifter Straße, den Sachsenpark und den Allerheiligenpark. Die Ergebnisse der Konzeption und Kostenschätzung einer verstärkten Reinigung sollen dem Umweltausschuss zur weiteren Diskussion vorgelegt werden.*

### **Begründung:**

Uns ist eine saubere Brigittenau ein großes Anliegen und mit unseren monatlichen Müllsammelaktionen leisten wir auch selbst einen kleinen Beitrag dazu. Das allein reicht jedoch nicht aus, den Bezirk davor zu bewahren, immer mehr im Müll zu versinken. Trotz zahlreicher Beschwerden aus der Bevölkerung über eine zunehmende Vermüllung des Bezirks hat sich bis jetzt keine grundlegende Besserung gezeigt. Wir fordern daher die Erstellung eines Konzepts zur verstärkten Reinigung des Bezirks, mit besonderem Fokus auf die bekannten Hotspots. Dies kann nur in enger Abstimmung der verschiedenen Stellen, die mit der Reinigung der öffentlichen Flächen betraut sind, erfolgen und sollte auch von diesen erarbeitet werden. Projekte wie der verstärkte Einsatz der Waste Watcher mögen einzelne Erfolge aufweisen können, doch zugleich scheinen die bisherigen Versuche nicht ausreichend zu sein - wie man am Zustand der Brigittenau deutlich sieht.

Nathalie Burkowski

Matthias Kaltenböck

## **Antrag der Partei LINKS zur Verbesserung der Beleuchtungssituation im Anton-Kummerer-Park**



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Beleuchtungssituation beim Anton-Kummerer-Park zu verbessern.**

### Begründung

Der Anton-Kummerer-Park ist ein wichtiger Ort in der Brigittenau, wo Kinder spielen und Familien aus beengten Wohnungen Erholung finden können. Besonders in Zeiten von Hitzesommern ist der Park am Abend ein zentraler Treffpunkt. Doch genau dann fühlen sich viele Menschen aufgrund der schlechten Beleuchtung unsicher. Vor allem FLINTA\*-Personen meiden den Park, und für Kinder wird der Spielraum dadurch faktisch eingeschränkt.

Es ist nicht akzeptabel, dass Straßen für den Autoverkehr hell erleuchtet sind, während ein öffentlicher Park, in dem Menschen ihre Freizeit verbringen und Kinder spielen, im Dunkeln bleibt.

Eine bessere Beleuchtung des Anton-Kummerer-Parks ist daher mehr als ein technisches Detail: Sie ist ein notwendiger Schritt hin zu sozial gerechter Stadtpolitik, die Sicherheit, Spielraum und Lebensqualität der Menschen über den Autoverkehr stellt.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger



Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ Brigittenau stellt eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.12.2025 gemäß § 24 Abs 1 der GO folgenden

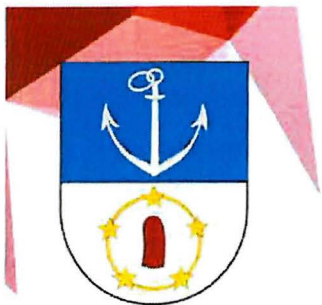
### **RESOLUTIONSANTRAG**

Die Bezirksvertretung Brigittenau bekennt sich zur unverzichtbaren Rolle der traditionellen Wirtshauskultur als sozialer und kultureller Anker im 20. Bezirk. Sie spricht sich entschieden gegen den fortschreitenden Verlust dieser Tradition aus und vertritt klar ihre Werte für die Erhaltung der sozialen Vielfalt und Lebensqualität in der Brigittenau. Die Bezirksvertretung stellt sich solidarisch hinter die Betreiber traditioneller, lokaler Gastronomie und bekräftigt die Notwendigkeit, alle politischen und strukturellen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einzigartigkeit und die kulturelle Identität des Bezirks zu bewahren.

### **BEGRÜNDUNG**

Die Schließung traditioneller Restaurants und Cafés in der Brigittenau, wie unlängst „Tonis Café“ in der Donaueschingenstraße, ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern primär ein kultureller und sozialer Verlust für die Nachbarschaft. Angesichts des steigenden wirtschaftlichen Drucks durch Mieten und Betriebskosten ist es aktueller denn je, sich zur grundlegenden Bedeutung dieser Treffpunkte zu bekennen und für ihre allumfassende Sicherung im Sinne der Wiener Wirtshauskultur einzustehen.

Moritz Greiner



Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Wien Brigittenau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. 12. 2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

## RESOLUTIONSANTRAG

### **Unmissverständliche Verurteilung von Linksextremismus, politischem Terror und Antifa-Gewalt in Österreich und Europa**

Die Bezirksvertretung Brigittenau verurteilt Linksextremismus und linksextremistisch motivierte Gewalt auf das Schärfste und bekennt sich zur wehrhaften Demokratie sowie zur null Toleranz gegenüber jenen, die das demokratische Prinzip des freien Diskurses durch Terror, Einschüchterung und körperliche Angriffe ersetzen wollen.

## BEGRÜNDUNG

Die demokratische Grundordnung Österreichs und Europas basiert auf dem friedlichen und pluralistischen Wettstreit der Ideen. In jüngster Zeit sehen wir jedoch eine alarmierende Zunahme linksextremistischer Gewaltakte, die darauf abzielen, Andersdenkende physisch anzugreifen, politische Versammlungen zu terrorisieren und die Freiheit der Meinung brutal zu unterdrücken.

Diese Gewalt hat konkrete, inakzeptable Ausprägungen:

1. **Antifa-Terror gegen die Versammlungsfreiheit:** Die Störung und teils gewaltsame Blockade politischer Kongresse, Farbanschläge wie jüngst auf das Wiener Szenelokal „Vino Weinbar“, durch militante Antifa-Gruppierungen stellt einen direkten Angriff auf die Versammlungsfreiheit dar. Ziel ist die Einschüchterung politischer Gegner und die Durchsetzung einer Gesinnungsdiktatur auf der Straße.
2. **Die Gefahr der „Hammerbande“:** Die Aktivitäten linksextremer krimineller Vereinigungen, die mit brutaler Härte und heimtückischen Angriffen gegen politische Gegner vorgehen und diese teilweise schwer verletzen, belegen die Terrorabsicht dieser Szene. Es handelt sich hierbei nicht um Aktivismus, sondern um politisch motivierten Terrorismus. Exemplarisch steht hierfür ein Vorfall auf einen Besucher des Grazer Akademikerball im Jahre 2024, der am Heimweg von einem linken Mob bewusstlos geschlagen wurde.
3. **Die Verherrlichung von Gewalt und politischem Mord:** Die erschreckende Verbreitung von ideologischer Verrohung, die selbst vor der Verherrlichung oder dem Aufruf zur Gewalt gegen Personen anderer Gesinnung sowie der Exekutive zeugt von einer tief sitzenden, totalitären Verachtung gegenüber politisch anders gesinnten Menschen.

Diese linksextremen Akteure verfolgen das Ziel, den demokratischen Rechtsstaat zu destabilisieren. Die Bezirksvertretung Brigittenau muss diese Gewalt in aller Deutlichkeit verurteilen.

Laurenz Barth

Moritz Greiner



Die unterzeichnende Bezirksrätin der FPÖ Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 17.12.2025 folgenden

### **ANTRAG**

#### **Betreff: Verkürzung der Verkehrsinsel Pasettistraße/Traisengasse**

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien/MA 46 werden auf Überprüfung zur Verkürzung der Verkehrsinsel Pasettistraße/Traisengasse (im Verlauf Pasettistraße) um mindestens einen Meter ersucht.

#### **Begründung:**

Seit Bestehen o.g. Verkehrsinsel mussten auf Grund von Beschädigung derselben mehrfach Reparaturarbeiten durchgeführt werden. Weitere Kosten könnten in Zukunft durch Verkürzung der Verkehrsinsel vermieden werden.

Gertrude Tickert



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirkssitzung am **17. Dezember 2025** folgenden

### **RESOLUTIONSANTRAG**

Die Bezirksvertretung Brigittenau bekennt sich dazu, dass angesichts der Steigerung der Lebenshaltungskosten und der umfangreichen allgemeinen Sparmaßnahmen Menschen mit Behinderung, ältere und kranke Personen und Alleinerziehende eines besonderen Schutzes bedürfen.

### **BEGRÜNDUNG**

Die Lebenshaltungskosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, was auf Krisen wie die COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. Die Menschen im 20. Bezirk bekommen diese Teuerung ganz besonders zu spüren, handelt es sich bei der Brigittenau doch um einen der ärmsten Bezirk Wiens. Die derzeit notwendigen Sparmaßnahmen dürfen jedoch nicht auf Kosten von ohnehin schon sozial schwachen Bürger:innen gehen, beispielsweise durch Kürzungen oder Erschwernisse beim Zugang zu Mindestsicherung, Familien-, Wohn- und Mietbeihilfe genauso wie beim warmen Mittagessen für Obdachlose oder Kinder.

Die Kürzungen bei der Sozialhilfe treffen vor allem Menschen mit Behinderung, ältere und kranke Personen. Besonders fatal sind die Abschaffung des Eltern-Familienzuschlags und die Kürzung der Kindermindestsicherung. Das betrifft vor allem Familien mit geringen Einkommen und Alleinerziehende hart. Auch Programme der Arbeitsplatzförderung und Suchthilfe sind gesellschaftlich wichtig und dürfen nicht gestrichen werden.

Die Bezirksvertretung Brigittenau spricht sich daher dafür aus, dass vulnerable Bevölkerungsgruppen trotz Sparmaßnahmen nicht in ihrer Existenz bedroht werden.

## **EINFACHE SPRACHE**

### **Was steht im Antrag?**

Das Leben ist viel teurer geworden.

Besonders im 20. Bezirk haben viele Menschen wenig Geld.

Bund, Land und Stadt müssen sparen.

Beim Sparen darf man arme Menschen nicht benachteiligen.

Geld zum Wohnen und Leben für arme Menschen sollen bleiben und leicht zu bekommen sein.



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirkssitzung am **17. Dezember 2025** folgenden

## **ANTRAG**

### **Fahrradabstellanlagen in der Othmargasse**

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, zumindest eine Fahrradabstellanlage in der Othmargasse zwischen Hannovergasse und Klosterneuburger Straße an geeigneter Stelle zu errichten.

## **BEGRÜNDUNG**

Die Brigittenau ist grundsätzlich ein idealer Bezirk, um mit dem Fahrrad zu fahren. Er ist flach und hat wenige große Straßen innerhalb des Bezirks. Immer mehr Menschen nutzen dieses Fortbewegungsmittel. Das sieht man an den vielen im öffentlichen Raum abgestellten Fahrräder.

In der Othmargasse „parken“ die Fahrräder zwischen den Begrenzungsbügeln und den Bäumen. Das ist weder gut für die Fahrradbesitzer:innen noch für den Baum.

Dem offensichtlichen Bedarf an Abstellplätzen für Räder würde die Aufstellung zumindest einer Fahrradabstellanlage mit mindestens vier Bügeln in der Parkspur der Othmargasse zwischen Klucky und Hannovergasse Abhilfe verschaffen.



## **EINFACHE SPRACHE**

### **WAS STEHT IM ANTRAG?**

Viele Menschen fahren mit dem Fahrrad.

Es gibt zu wenige Abstellplätze für Fahrräder.

In der Othmargasse gibt es keine Abstellplätze.

Dort stehen viele Fahrräder herum.

Wir bauen einen Abstellplatz für Fahrräder in der Othmargasse.

Das ist gut für die Radler:innen und für die Bäume.



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Sitzung der Bezirksvertretungssitzung am **17.12.2025** folgenden

## **ANTRAG**

### **Winterdienst – alternative Auftaumittel**

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, den Einsatz eines Gemisches aus Rübensirup/Rübensaft im Winterdienst zur Eisfreihaltung von Verkehrsflächen in der Brigittenau als Pilotprojekt zu testen.

Die begleitende Evaluierung soll als Grundlage für einen künftig umweltfreundlicheren Winterdienst dienen. Dazu sollen Erfahrungen aus Städten oder Regionen eingeholt werden, in denen diese Methode bereits angewendet wird, insbesondere im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Verkehrssicherheit.

### **Begründung**

Auch Wien wird sich in diesem Winter wieder an vielen Stellen wieder weiß färben – oft aber nicht mit Schnee, sondern mit Streusalz.

Der flächendeckende Einsatz von Streusalz dient zwar der Verkehrssicherheit, verursacht jedoch nachweislich erhebliche ökologische Schäden. Streusalz beeinträchtigt die Wasseraufnahme von Bäumen, verstärkt Trockenstress und trägt in Kombination mit Bodenverdichtung wesentlich zur verkürzten Lebensdauer urbaner Bäume bei.

Vor dem Hintergrund zunehmender Trockenperioden und der Notwendigkeit, den städtischen Baumbestand langfristig zu schützen und zu erhalten, stößt die derzeitige Praxis des Winterdienstes an ökologische Grenzen. Die bestehenden Einschränkungen für natirum- und alogenidhaltige Auftaumittel in der Winterdienstverordnung verdeutlichen diesen Handlungsbedarf.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass alternative Auftaumittel bereits erfolgreich eingesetzt werden. In mehreren Städten Nordamerikas kommen bei Glatteis Gemische auf Basis von Rübensirup und Rübensaft zum Einsatz, wodurch der Streusalzverbrauch deutlich reduziert werden konnte, ohne die Verkehrssicherheit zu beeinträchtigen. Gleichzeitig wird damit ein Beitrag zur Nutzung von Nebenprodukten im Sinne der Kreislaufwirtschaft geleistet.

Daher erscheint es sinnvoll, den Einsatz alternativer Auftaumittel in Wien im Rahmen eines Pilotprojektes zu prüfen und zu evaluieren.

## **EINFACHE SPRACHE**

### **WAS STEHT IM ANTRAG?**

Die Stadt soll im Winter neue Mittel gegen Eis auf der Straße ausprobieren.

Wien nutzt viel Streusalz.

Streusalz schadet den Bäumen.

Wien muss die Bäume schützen..

Andere Städte nutzen neue Streumittel.

Die Städte sparen Salz.

Die Städte halten die Straßen sicher.



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am **17.12.2025** folgenden

## **ANTRAG**

### **Winterdienst – regelmäßige Kontrollen in Brigittenau**

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, regelmäßige Kontrollen der Einhaltung der Winterdienst-Verordnung seitens der durchführenden Betriebe vorzunehmen, sowie zeitnahe, nachgelagerte Überprüfungen mittels Bodenstichproben im Bezirk Brigittenau durchzuführen.

### **Begründung**

Sicherheitsvorkehrungen durch die Prävention und Beseitigung von Vereisungen und Schneeverwehungen auf öffentlichen Flächen sind im Eintretensfall unbestritten zum Wohle der Brigittener Bevölkerung durchzuführen. Sollte es bei der Durchführung geeigneter Maßnahmen zu einem Austrag von natrium- oder halogenidhaltigen Auftaumitteln kommen, stellt dies ein geeignetes Mittel dar, um eine entsprechende Wirkung zu erzielen.

Dennoch kann das massenhafte Ausbringen solcher Auftaumittel insbesondere in der kleinstrukturierten, dicht besiedelten Brigittenau dazu führen, dass diese Mittel auf dafür ungeeignete Untergrundflächen streuen. Im speziellen kann der Bodeneintrag solcher Auftaumittel zu einer Beeinträchtigung von Wurzelwachstum und der Wasseraufnahmefähigkeit von Pflanzen und Bäumen führen. Da diese Vegetation unter Einsatz öffentlicher Mittel angelegt und über Jahrzehnte gepflegt wird, ist auch eine unbeabsichtigte Beeinträchtigung derselben tunlichst zu vermeiden.

Laut der für Wien geltenden Winterdienst-Verordnung 2003 § 4, Abs. 1 ist das Streuen der beschriebenen Auftaumittel [...] im Abstand von zehn Metern zu unversiegelten Bodenflächen verboten, wenn keine baulichen Maßnahmen den Eintrag verhindern. Beispielsweise ist dies im Bereich der Othmargasse oder Klosterneuburgerstraße der Fall. Wir erachten die bisher gängige Praxis, dass eine Kontrolle auf Einhaltung nur bei Meldung durch die Bevölkerung durchgeführt wird aufgrund in weiten Teilen mangelnder Sachkenntnis und der Zeitlichkeit der Ausbringung frühmorgens, als nicht ausreichend. Um eine engmaschige Einhaltung dieser Bestimmung durch die ausführenden Betriebe zu erwirken, sowie eine Abschätzung der dadurch verursachten Schäden an der Umwelt und den getätigten Investitionen in der Folge eruieren zu können, erscheinen die beantragten Maßnahmen als gelinde und zielführend.

## **EINFACHE SPRACHE**

### **WAS STEHT IM ANTRAG?**

Die Stadt Wien soll den Winterdienst kontrollieren.

Der Winterdienst verhindert Glatteis.

Der Winterdienst entfernt Schnee.

Zu viel Auftaumittel schadet der Umwelt.

Zu viel Auftaumittel belastet den Boden.

Die Pflanzen brauchen Schutz.

Die Betriebe streuen manchmal falsch.

Sie streuen in der Nähe der Pflanzen.

Die Kontrolle erfolgt oft nur nach Beschwerden.

## Antrag Sträucher Brigittenauer Lände

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen des Klubs der KPÖ Brigittenau stellen gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau am 17.12.2025 folgenden **Antrag**:

*Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Sträucher auf beiden Seiten der Brigittenauer Lände im Abschnitt von der Brigittenauer Lände / Webergasse bis zum Döblinger Steg*

- 1) im Falle von Lücken diese zu beheben, bzw. aufzufüllen*
- 2) abgestorbene oder deutlich beschädigte (z. B. windschiefe) Sträucher zu ersetzen*

### **Begründung:**

Die Sträucher der Brigittenauer Lände sind in einem schlechten Zustand – von Lücken, bis Schäden oder gänzlich leblos. Im Interesse einer saubereren Brigittenau ist dies zu beheben.



Nathalie Burkowski

Matthias Kaltenböck

## **Antrag Verkehrsberuhigung Traisengasse**

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen des Klubs der KPÖ Brigittenau stellen gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau am 17.12.2025 folgenden **Antrag**:

*Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Anbringung von Bremsschwellen in der Traisengasse zu prüfen.*

### **Begründung:**

Die Sicherheit im Wohngebiet rund um den Mortarapark wird durch illegales Rasen von PKW-Fahrer:innen beeinträchtigt. Gerade die direkte Nähe zum Mortarapark, der intensiv von Familien genutzt wird, erhöht diese Gefahrenlage für die Kleinsten im Bezirk. Hierfür sind etwa Bremsschwellen ein geeignetes Mittel, um die Geschwindigkeit der Fahrzeuge zu reduzieren und die Sicherheit im Bezirk zu erhöhen. Im Sinne des Antrags soll geprüft werden, ob entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden können und welche Standorte sich hierfür am besten eignen.

Nathalie Burkowski

Matthias Kaltenböck

## **Antrag der Partei LINKS und des Klub der Grünen Alternative für Warme Oasen in der Brigittenau**



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen von LINKS Brigittenau und der Grünen Alternative Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die Bezirksvorsteherin wird ersucht, geeignete Bezirksräume in der Bezirksverwaltung – beispielsweise im Amtshaus – in den kalten Monaten als niedrigschwellige „warme Oasen“ zu öffnen.**

### Begründung

Inflation, stark gestiegene Energiepreise sowie Kürzungen und Verschärfungen im Bereich sozialer Unterstützungsleistungen erhöhen die Armutsgefährdung und Existenzunsicherheit zahlreicher Menschen. Besonders Haushalte mit niedrigen Einkommen, Alleinerziehende, Pensionist\*innen und Menschen in schlecht isolierten Altbauwohnungen sind von hohen Heizkosten und Energiearmut besonders betroffen. Viele können ihre Wohnungen nicht ausreichend beheizen, was sowohl gesundheitliche als auch soziale Folgen nach sich zieht. Das Ausweichen in öffentlich zugängliche Innenräume, in denen Konsum verpflichtend oder zumindest erwartet wird – etwa in Cafés – wird durch die stark gestiegenen Gastronomie- und Lebenshaltungskosten für viele Menschen ebenfalls zunehmend unleistbar.

Wien hat mit den „Coolen Zonen“ bereits ein erfolgreiches und gut angenommenes System für hitzebedingte Rückzugsräume aufgebaut. Dieses praxiserprobte Konzept lässt sich – nahezu spiegelbildlich – für die kalte Jahreszeit als „warme Oasen“ adaptieren. Warme Oasen bieten eine schnelle, niederschwellige und kostengünstige Entlastungsmaßnahme, die gesundheitliche Risiken wie Unterkühlung, die Verschlechterung chronischer Erkrankungen sowie soziale Isolation deutlich mindern kann.

Neben einem dauerhaft warmen, öffentlich zugänglichen Aufenthaltsraum sollten warme Oasen auch grundlegende Versorgungsmöglichkeiten bieten: die Möglichkeit, warme Getränke zuzubereiten (z. B. durch Bereitstellung eines Wasserkochers, Tees, Kaffeemaschine), Zugang zu Trinkwasser, wenn möglich WLAN – Zugang, Sitzgelegenheiten, einen barrierefreien WC-Zugang sowie Informationsmaterial zu Sozialleistungen, Energieberatung, Fördermöglichkeiten und Unterstützungsangeboten.

## EINFACHE SPRACHE

### WAS STEHT IM ANTRAG?

Die Bezirksvorsteherin soll warme Oasen schaffen.

Die warmen Oasen sollen im Winter öffnen.

Viele Menschen haben wenig Geld.

Hohe Heizkosten treffen arme Menschen.

Viele Menschen heizen ihre Wohnungen nicht genug.

Kälte schadet der Gesundheit.

Im Sommer gibt es einen kühlen Raum im Amtshaus.

Im Winter soll es einen warmen Raum im Amtshaus geben.

## Resolutionsantrag der Partei LINKS gegen Gentrifizierung in der Brigittenau



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgende:

### Resolution

**Die Bezirksvertretung Brigittenau spricht sich gegen Gentrifizierung im Bezirk aus.**

### Begründung

Gentrifizierungsprozesse entstehen durch Neubau von Wohnungen, Einmietung von neuen Geschäften, künstlerische Zwischennutzung, Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und ähnliche Aufwertungen. Diese Verbesserungen sind per se positiv, führen aber in der Praxis zu mehr Zuzug, durch die erhöhte Nachfrage in der Folge zu höheren Mieten und somit zur Verdrängung von Bewohner\*innen und Geschäftstreibenden, die sich diese nicht leisten können.

Um diesem oft unvermeidlichen Gentrifizierungsprozess entgegenzuwirken, gibt es mehrere Möglichkeiten, den Anstieg der Mieten wirksam zu bremsen:

- Bau von mehr Gemeindewohnungen (am Nordwestbahnhof ist nur ein kleiner Anteil dafür vorgesehen, leerstehende und derzeit nicht bebaute Grundstücke wie in der Nordwestbahnstraße 53 könnte die Stadt Wien mittels Bodenbeschaffungsgesetz enteignen)
- Errichtung ausschließlich geförderter Wohnungen auf Grund im (auch indirekten) Besitz der öffentlichen Hand, wie am Nordwestbahnhof, wo nur mehr 60% geförderter Wohnraum mit Preisdeckelung geplant ist.
- Drastische Reduktion der Stellplatzanzahl bei der Neuerrichtung von Wohnraum – am Nordwestbahnhof wurde mit 70%/100m<sup>2</sup> das Maximum beschlossen. Wohnungen mit deutlich weniger Stellplätzen wären weniger attraktiv, wer mit dem eigenen Kfz fahren will – Reichere - kann auch an den Stadtrand ziehen. Selbst die Bauträger ("Garagen sind 40% der Baukosten") urgieren eine Befreiung von der Stellplatzverpflichtung, ein NS-Relikt [1]. Allein am Nordwestbahnhof würden die Tiefgaragenstellplätze ca. €300 Millionen kosten, die Wohnbaukosten könnten ohne sie drastisch reduziert werden.
- Klare und leicht überprüfbare Regeln, um Kurzzeitvermietungen von Wohnungen abseits vom privaten Bedarf sowie Umwidmung von Teilen oder ganzen Wohnhäusern zu Beherbergungsbetrieben verhindern

[1] <https://www.derstandard.at/story/3000000296740/wiener-bautraeger-wollen-weniger-stellplaetze-bauen-muessen>

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

## **Antrag der Partei LINKS zum Mistplatz Dresdnerstraße/Innstraße**



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Planungen des Mistplatz Innstraße zu stoppen und den Mistplatz Dresdnerstraße wieder zu eröffnen.**

### Begründung

Im Gemeinderat wurden allein €10 Millionen (brutto) Planungskosten beschlossen. Laut Zeitungsberichten soll der neue Mistplatz €40 Millionen kosten. In Zeiten der Finanzkrise der Stadt Wien, die bei den Ärmsten spart, können durch die Wiedereröffnung des bereits bestehenden Mistplatzes viele Einsparungen rückgängig gemacht werden, wie etwa bei der Suchthilfe, bei der Arbeitsmarktintegration von Menschen am Rande der Gesellschaft, warmem Essen in den Obdachloseneinrichtungen, Kunst- und Kulturförderungen, auf die viele prekär lebende Menschen angewiesen sind, sowie Kürzungen in der Mindestsicherung.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

# Antrag der Partei LINKS für Verkehrsberuhigung in der Wolfsaugasse



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

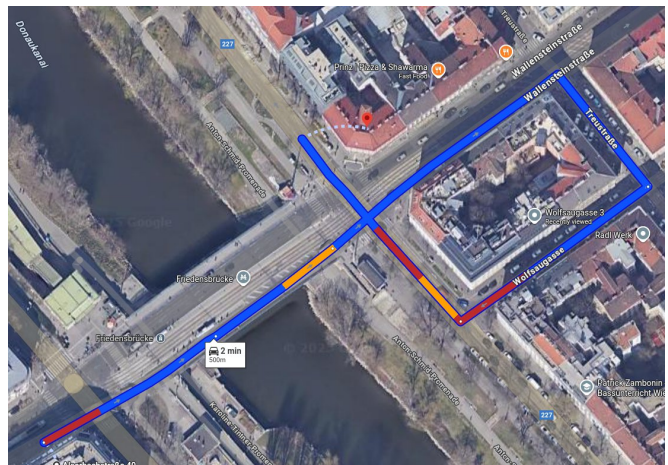
## Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsberuhigung in der Wolfsaugasse zu prüfen.

## Begründung



Bilder: Verkehrshölle Wolfsaugasse



„Kreisel“ vom 9. über Friedensbrücke in den 20.

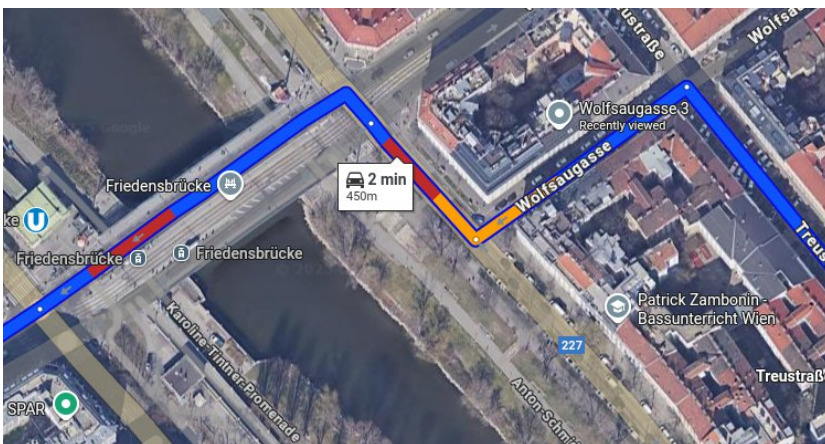


Bild: Schleichweg über Friedensbrücke vom 20. in den 9. benötigt Überfahren der Sperrlinie

Dutzende Anrainer\*innen haben bereits eine Petition unterzeichnet, um gegen den dauernden Verkehrsstau und Hupen in in der Wolfsaugasse sowie das gefährliche illegale Überfahren der Sperrlinie auf der Lände bei Tempo 50, um Ampelwartezeiten zu vermeiden, zu protestieren.

Um die Verkehrshölle in der Wolfsaugasse zu unterbinden, kann die Ausfahrt Wolfsaugasse auf die Lände z.B. mit Betonleitwänden gesperrt werden. Zusätzlich muss dann die Treustraße 15/16 zur Einbahn Richtung Norden gewidmet werden, um zu verhindern, dass der Kreisel um den Block (weil von der Friedensbrücke nicht nach links auf die Lände abgebogen werden kann) bei der Schule Treustraße vorbeifährt. Ein ca. fünfmal so großer Kreisel wäre über Klosterneuburgerstraße+Gaußplatz möglich, der Anreiz wird aber größer, die Brigittenaauer Brücke zu nehmen, um über die Lände nach Norden zu gelangen. Als Alternative kann im Block Wolfsaugasse 1-5 die Einbahn umgedreht werden, zusätzlich der Block Treustraße 15/16 als Einbahn Richtung Süden, um neue Schleichwege von der Lände in den 20. Bezirk zu verhindern.

Beides ist schnell und kostengünstig möglich. Weiters würde die Unterbindung des bisherigen Kreisels auch für eine Verkehrsberuhigung auf der Wallensteinstraße sorgen.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

An das  
Bezirksamt Brigittenau  
z. Hd. Frau Bezirksvorsteherin Christine Dubravac-Widholm

## **Psychische Gesundheit – Mental Health**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Bezirksvertretung Brigittenau stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am 17. Dez. 2025 folgenden

### **ANTRAG**

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats Wien, die Möglichkeiten für eine kostenlose psychologische Beratung im Amtshaus zu überprüfen und nach Möglichkeit einzurichten. Das Angebot soll regelmäßig (monatlich bzw. 2-monatlich) zur Verfügung stehen und von den BürgerInnen sowohl persönlich als auch telefonisch in Anspruch genommen werden können.

### **Begründung**

Die psychische Gesundheit (Mental Health) der Wr. Bevölkerung hat sich lt. Studien (z. B. SORA Umfrage 2023) in den letzten Jahren verschlechtert und diverse Krisen tragen zu einer weiteren Verschärfung der Problematik bei. Besonders betroffen sind Jugendliche, Frauen, Arbeitslose und Menschen an der Armutsgrenze. Das Angebot soll daher einen niedrigschwelligen und kostenlosen Zugang zur Beratung darstellen.

Um die Umsetzungsmöglichkeiten und detaillierten Ausgestaltungen näher zu erörtern und Expertenmeinungen einzuholen wird die **Zuweisung zur Generationen- und Gesundheitskommission** ersucht.

Wien, am 10. Dez. 2025

Mag. Thomas  
Zimmermann

Mag. Petra Schittler  
Robert Mahrhofer  
Tobias Leitner

Hanife Anil, MA DAS  
Mag. Dr. Mehdi Ardi  
Dagmar-Eva Bergmann  
Alexandra Gamperl  
Alexandra Gmoser

Rene Hampl

Mag.a Dagmar

Kerschbaumer

Iren Komenda

Hannah Leitsmüller

Bernhard Macek

Hasan Polat

Ing. Kurt Pollak

DI Michael Schindler

DI Albert Schler

Karl Spath

Anna Stepniewski, BA

Sara Velic, BA

Raphael Windbichler,  
MSc.

Florian Winkler

Dipl.Päd. Elke Zach, BEd

Norbert Zauner

Patrick Zauner

Mag.a iur. Daniela

Zechner

An das  
Bezirksamt Brigittenau  
z. Hd. Frau Bezirksvorsteherin Christine Dubravac-Widholm

## **Wildblumen in bestehenden Grünflächen**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Bezirksvertretung Brigittenau stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am 17. Dez. 2025 folgenden

### **ANTRAG**

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats Wien, die Möglichkeiten der Einrichtung und Gestaltung von Wildblumenwiesen (Bienenwiesen) auf bestehenden Grünflächen im Bezirk zu prüfen und umzusetzen.

### **Begründung**

Wildblumen tragen nicht nur zur optischen Aufwertung von Grünflächen bei, sondern fördern die Biodiversität und bieten auch Insekten (Bienen, Wildbienen usw.) und Vögeln Nahrung, Schutz und Lebensraum.

Die Auswahl geeigneter Flächen (nach Möglichkeit an vier bis fünf Stellen im Bezirk) sollte den Experten der zuständigen MA überlassen werden.

Wien, am 10. Dez. 2025

Mag. Thomas

Zimmermann

Mag. Petra Schittler

Robert Mahrhofer

Tobias Leitner

Hanife Anil, MA DAS

Mag. Dr. Mehdi Ardi

Dagmar-Eva Bergmann

Alexandra Gamperl

Alexandra Gmoser

Rene Hampl

Mag.a Dagmar

Kerschbaumer

Iren Komenda

Hannah Leitsmüller

Bernhard Macek

Hasan Polat

Ing. Kurt Pollak

DI Michael Schindler

DI Albert Schler

Karl Spath

Anna Stepniewski, BA

Sara Velic, BA

Raphael Windbichler,

MSc.

Florian Winkler

Dipl.Päd. Elke Zach, BEd

Norbert Zauner

Patrick Zauner

Mag.a iur. Daniela

Zechner